



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81881 - 93
Fernschreiber 0896890

P/XIV/61 - 14. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Ein unrühmliches Ende Notwendige Bemerkungen zur Auflösung der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit"	68
3 - 4	Hintergründe der Koalitionskrise in Österreich Parteiinterne Streitigkeiten in der ÖVP	67
5	Keine Ruhe für Afrika Kampf gegen die letzten Bastionen des Kolonialismus	57
6	Ohrfeige für Gewerkschaftspalter Zwei bezeichnende Ergebnisse von Betriebsrätewahlen	42

* * * * *
* * * * *

Ein unrühmliches Ende

W.P. - Bekanntlich hat die Mitgliederversammlung der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" am Mittwoch vergangener Woche den Beschluß gefaßt, die Organisation aufzulösen. Eine Begründung für den Beschluß wurde nicht gegeben. Nachdem aber der Leiter der "Kampfgruppe", Tilling, bereits vor einem Jahr seinen Rücktritt erklärte, als seine Praktiken in dem Prozeß gegen den Nachrichtenhändler Stephan in Einzelheiten zur Sprache gekommen waren, und seitdem dem Berliner Senat ein umfangreicher Untersuchungsbericht über die Arbeit der "Kampfgruppe" vorgelegt, konnte mit der Auflösung über kurz oder lang gerechnet werden. Daß sie so sang- und klanglos erfolgt, ist umso begrüßenswerter, als in der Vergangenheit jahrelang nur von den zahlreichen Affären und Skandalen dieser Organisation in der Öffentlichkeit gesprochen wurde.

Ursprünglich war die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" zu dem Zweck gegründet worden, den zahllosen in sowjetzonalen Gefängnissen inhaftierten politischen Gefangenen und ihren Angehörigen tatkräftige Hilfe angedeihen zu lassen. Der Bund, die Stadt Berlin und viele private Kreise hatten ihr Anliegen damals finanziell unterstützt. Aber schon zwei Jahre später konnten sich verantwortungslose Elemente Einfluß auf die Führung der "Kampfgruppe" verschaffen, die mit unglaublich leichtfertigen Methoden von Berlin aus ihren Privatkrieg gegen das sowjetzonale Regime zu führen begannen. Eine große Zahl jugendlicher, die aus Idealismus sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellten - unter ihnen der Oberschüler Flade -, fielen dabei dem Staatssicherheitsdienst in die Hände und wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, weil die Sicherheitsvorkehrungen der "Kampfgruppe" so oberflächlich waren, daß die Listen der Mitarbeiter bereits in der Zone vorlagen. In übrigen spezialisierte man sich nach den bekannt gewordenen Berichten auf den militärischen Nachrichtendienst und auf Sabotageakte. Man versuchte, Gaswerke außer Betrieb zu setzen und warf Störbomben in Kinos. Mitarbeiter sollen auf Veranlassung des Leiters der "Kampfgruppe" mit Gift und Pistolen für ihre Tätigkeit ausgestattet worden sein. Briefe wurden gefälscht, Plakate geklebt, die die Rüstungspolitik Adenauers in der Bundesrepublik propagandistisch unterstützten, und schließlich hör-

te man sogar von Dossiers, welche "belastendes" Material über Politiker in der Bundesrepublik und Berlin enthielten, die man einer weichen Haltung gegenüber dem Kommunismus verdächtigte.

Alle diese Dinge konnten ja freilich geschehen, weil die "Kampfgruppe" allen Außenstehenden - auch der Bundesregierung - den Einblick in ihre Unterlagen verwehrte und sich auf ausländische und private Geldgeber stützen konnte. Erst in dem Prozeß gegen Stephan kam einiges von den Praktiken zur Sprache, da Stephan einer der gutbezahlten Agenten der "Kampfgruppe" gewesen war. Als sich nun die privaten Geldgeber zurückzogen, erklärte der Leiter der "Kampfgruppe" seinen Rücktritt und begab sich auf eine längere Tournee in die Vereinigten Staaten, um nach seiner Rückkehr in der Bundesrepublik ein Büro für Fragen der "psychologischen Kriegsführung" gegen den Kommunismus zu gründen. Von dieser Absicht wurde jedenfalls damals gesprochen.

Mit ihrem untrüglichen Ende folgt die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" anderen privaten Gruppen, die auf dem politischen Sektor die Geschäfte anonymer Geldgeber besorgten. Man erinnere sich nur an den "Bund Deutscher Jugend" und seine Partisanen-Organisation in Hessen, die im Odenwald für den Kleinkrieg gegen den Kommunismus ausgebildet wurde, und bei der man gleichfalls feststellen mußte, daß sie sich mit der Aufstellung von Proskriptionslisten politischer Gegner befaßte. Bundeskanzler Adenauer ließ sich damals vor dem Palais Schaumburg im Kreise junger BDJ-ler fotografieren. Wer hätte übrigens damals gedacht, daß ausgerechnet Führer jener fanatischen Antikommunisten des Bundes Deutscher Jugend kürzlich von unserer Spionageabwehr gestellt und in Schleswig-Holstein verhaftet werden konnten?

Sine Zeitung berichtete kürzlich, die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" habe ihren Sitz nur in das Bundesgebiet verlegt. In den Räumen einer ehemaligen Fabrik in Eschwege habe sie sich bereits niedergelassen und beabsichtige, ihre Tätigkeit dort fortzuführen. Wenn diese Nachricht stimmen sollte, wäre es die Aufgabe der zuständigen Behörden des Bundes, die ihre Zuständigkeit für Berlin stets bestritten, unverzüglich einzuschreiten und dafür zu sorgen, daß die Serie der Skandale um diese Organisation nicht um weitere vermehrt werden, sondern daß die kompromittierte "Kampfgruppe" endgültig der Vergangenheit angehört.

Hintergründe der Koalitionskrise in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Das österreichische Parlament hat sich aufgelöst und die ursprünglich für den 25. Oktober vorgesehenen Neuwahlen wurden auf den 10. Mai vorverlegt. Die Koalition zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei ist damit vorläufig zu Ende.

Der Bruch der Koalition ist einseitig von der Volkspartei durchgeführt worden. Die Sozialisten haben bis zuletzt erklärt, daß sie zu Verhandlungen über alle strittigen Fragen so wie bisher bereit sind. Sie konnten sich aber natürlich dem Wunsch der stärksten Partei, an den Wähler zu appellieren, nicht verschließen. Die Sozialisten haben auch gar keinen Grund, die kommenden Wahlen zu fürchten, gleichgültig ob diese Wahlen im Herbst oder im Frühjahr stattfinden. Da für Herbst auch einige Landtagswahlen anberaumt waren, so zum Beispiel in Wien, wäre es wohl zweckmäßiger gewesen, auch die Nationalratswahlen im Herbst abzuhalten, um dem österreichischen Volk einen permanenten Wahlkampf zu ersparen.

Die Ungeduld der ÖVP, das Votum der Wähler zu erfahren, ist um so bemerkenswerter, als diese Partei es selbst war, die vor einigen Monaten an die Öffentlichkeit mit dem Plan herantreten ist, die Legislaturperiode des Parlaments von derzeit vier Jahren auf fünf Jahre zu verlängern. Die Sozialisten waren dagegen. Ihr Sprecher im Parlament bezeichnete den Vorschlag als den Versuch einer Abwertung der Volksvertretung. Er war aber überdies auch sinnlos, denn bisher hat seit 1949 kein Parlament seine volle Zeit tätig sein können, sondern jeweils nur drei Jahre.

Die Aufkündigung des Koalitionsübereinkommens zwischen ÖVP und SPÖ wurde vor einigen Tagen in der Bundesparteileitung der ÖVP beschlossen. Noch am Tage davor hatte der sogenannte Koalitionsausschuß, ein kleines Gremium von Spitzenfunktionären der beiden Regierungsparteien, getagt und bei seinen Beratungen in einigen wichtigen Punkten eine Einigung, beziehungsweise eine Annäherung, erzielt. Gewiß ging bei den Verhandlungen des Koalitionsausschusses in den letzten Wochen und Monaten nicht alles "glatt", aber das war ja auch niemals vorher der Fall gewe-

wesen; beide Seiten mußten sich jeweils bemühen, zu einem tragbaren Kompromiß zu gelangen. Gerade jetzt konnte man sich sogar in einzelnen wichtigen Fragen so weit einigen, daß die entsprechenden Gesetzesanträge noch von dem in Auflösung begriffenen Parlament beschlossen werden können.

So gesehen, bestand also sachlich kein Grund zum vorzeitigen Bruch der Koalition. Um so mehr Gründe - nämlich interner Natur - dürfte die ÖVP dazu gehabt haben. Die auf ständischer Grundlage aufgebaute, aus drei Bünden bestehende konservativ-katholische Partei hat schon oft das Bild innerer Gegensätzlichkeit geboten und nur die Autorität eines sogenannten "starken Mannes", und zwar des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Ing. Julius Raab, vermochte sie einigermaßen zusammenzuhalten. In den vergangenen Monaten aber hat sich die Entwicklung weiter verschärft: Einerseits sind die inneren Gegensätze stärker hervorgetreten, andererseits ist die Autorität Raabs zum Teil geschwunden.

Eines der zahlreichen parteiinternen Streitobjekte bildete die Landwirtschaft mit ihrem allzu ausgeprägten Hang nach staatlichem Protektionismus. Außerdem liegen sich seit einiger Zeit die Finanzreferenten der einzelnen Bundesländer - mit Ausnahme von Wien und zwei anderen Bundesländern sind es ÖVP-Funktionäre - gegenseitig in den Haaren, weil sie sich über staatliche Zuwendungen nicht einigen können. Das hat schließlich im Burgenland dazu geführt, daß vor einigen Tagen die Anlagen der Elektrizitätsgesellschaften Niederösterreichs und der Steiermark, die bisher das Burgenland mit betreuten, in einem geradezu grotesken Handstreich "besetzt" wurden, um eine eigene Landeselektrizitätsgesellschaft ins Leben zu rufen. Erwähnt sei außerdem auch der immer stärker werdende Gegensatz zwischen der Wiener Parteileitung der ÖVP und der Bundesparteileitung.

Solchermaßen von den eigenen Parteifreunden, gegen die er sich nicht mehr durchsetzen konnte, bedrängt, hat nur Bundeskanzler Raab die Flucht nach vorn angetreten. Die Sozialisten nahmen den Wunsch nach vorzeitigen Neuwahlen zur Kenntnis, erklärten aber, daß angesichts der angespannten weltpolitischen Lage und der ungelösten Probleme etwa Berlins und Südtirols, der gegenwärtige Zeitpunkt nicht sehr geeignet war, eine schwere innerpolitische Auseinandersetzung, wie sie in einem Wahlkampf unvermeidlich ist, ohne ausreichende Gründe heraufzubeschwören.

Keine Ruhe für Afrika

ED. - Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Schwarz und Weiß in Afrika - südlich der Sahara - haben auch in den letzten Tagen nichts von ihrer Heftigkeit verloren. Sowohl in Belgischen Kongo als auch in der Rhodesischen Föderation halten die Spannungen, die innerhalb der vergangenen zwei Monate zu tragischen und blütigen Explosionen geführt hatten, an. Der Beschluß der Zentralregierung im rhodesischen Salisbury, die bestehenden afrikanischen Organisationen aufzulösen, sowie die Verhaftung prominenter afrikanischer Nationalisten in der britischen Kolonie Kenia sind wenig geeignet, die Ruhe wiederherstellen zu lassen, von der Förderung des Friedens zwischen den rassistischen Gemeinschaften ganz zu schweigen.

Das Aufflammen des schwarzen Widerstandes gegen die Absichten der weißen Siedler, Ostafrika den "dauernden" Stempel europäischer Vorherrschaft aufzudrücken, ist weit mehr als der Ausdruck regionaler Empörung. Vielmehr drückt sich in ihm der auf dem ganzen Kontinent geführte Kampf gegen die letzten Bastionen des Kolonialismus und der weißen Herrschaft aus. Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, wenn aus der Hauptstadt Ghanas, Accra, bekannt wird, daß Staatschef Dr. Nkrumah die Einberufung eines besonderen Kongresses der afrikanischen Völker plant, auf dem die Richtlinien für eine Art afrikanische "Monroe Doktrin" ausgearbeitet werden sollen mit dem Ziel, ein allgemeines Manifest der "afrikanischen Freiheit" zu verkünden und in Kraft zu setzen. Nicht länger mehr läßt sich leugnen, daß die Tage vorbei sind, da eine europäische Großmacht, wie England, den Aufstand der Mau-Mau in Kenia als eine Angelegenheit der Kronkolonie behandeln konnte. Jeder Krawall, auch der kleinste, der heute irgendwo im schwarzen Afrika stattfindet, hat seine weltpolitischen Auswirkungen.

Die Belgier, deren "kolonialpolitisches Idyll" im Kongo durch die Ausschreitungen in Leopoldville stark gestört wurde, haben ihren Kongo-Minister in die Kolonie entsandt, um der schwarzen Bevölkerung den festen Willen Brüssels zu verkünden, daß der kommenden Selbständigkeit des Kongo keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Natürlich haben gewisse Elemente der weißen Einwohnerschaft die Gelegenheit ergriffen, in der gleichen brutalen und bornierten Weise dem Vertreter des Mutterlandes zu begegnen, wie es bei den Sions Algeriens seit Jahren eine liebgewonnene Gepflogenheit ist. Überall zwischen dem Somali-Land, wo vor einiger Zeit ein hoher Beamter der UN-Verwaltung ermordet wurde, und der Südafrikanischen Union stellen die weißen Siedler Selbstschutzverbände auf, die nicht nur der Aktionen der schwarzen Nationalisten Paroli bieten sollen, sondern zugleich den Abfall von London propagieren. Recht ungeniert unterstützen die lokalen und regionalen Administrationen diese Ziele. Sogar der Widerstand des britischer Gouverneurs in Njassaland wurde durch Ödre aus Salisbury gebrochen, der zufolge die unter dem Einfluß rassistischer Siedler stehende Zentralregierung der Rhodesischen Föderation Truppenverbände in das Protektorat verlegte. Der Einfluß Londons ist heute in diesen Gebieten bei den weißen Verwaltungsetellen geringer denn je.

Wie sehr die Weltpolitik von den Ereignissen in Mitleidenschaft gezogen wird, zeigt der Plan der Südafrikanischen Union, eine Art NATO für den Bereich südlich der Sahara ins Leben zu rufen. Großbritannien, Frankreich, Belgien und Portugal sollen daran teilnehmen. Das Ziel: Eindämmung des afrikanischen Nationalismus, der nach Version Pretorias nur eine Untereinheit des Kommunismus sein soll. Welch eine törichte Verwechslung der Dinge. Die USA dagegen haben überraschend die Errichtung von sechs diplomatischen Missionen in Afrika bekanntgegeben. "Wo Afrika geht, dort geht die Welt", ist der neueste Leitsatz der amerikanischen Außenpolitik. Die Ruhe wird dem Kontinent aber erst beschert werden, wenn die legitimen Interessen seiner Bewohner wahrgenommen werden. Darauf hinzuwirken, sollte die Mühe aller sein.

Ohrfeige für Gewerkschaftsspalter

sp - Eine böse Schlappe mussten die von hohen kirchlichen Stellen geförderten und unter der Flagge der "Christlich-sozialen Betriebsaktion 1959" segelnden CDU-Gewerkschaftsspalter hinnehmen. In rund 500 Bergbautrieben der Bundesrepublik wurden in der vergangenen Woche die Jugendvertreter-Wahlen durchgeführt. Nur in vier Betrieben hatte der sogenannte "Christliche Bergarbeiterverband", CBV, den Mut, eigene Kandidaten aufzustellen. Er hätte besser daran getan, von einem solchen verwegenen Unternehmen Abstand zu nehmen. Der beabsichtigte Einbruch in die gewerkschaftliche Solidarität der Bergarbeiter misslang vollkommen. 35 000 Jugendliche hatten 850 Vertreter zu wählen, unter diesen befindet sich nach dem Wahlergebnis nicht ein einziger von der Spaltergewerkschaft.

Zu diesem Ergebnis dürften mehrere Umstände beigetragen haben. Hier drückt sich ein Misstrauen und eine Opposition gegen eine Wirtschaftspolitik aus, für die die CDU verantwortlich ist und die für die Bergarbeiter Feierschichten, Lohnausfall und wachsende Existenzsorge brachte. Die CDU ist auch Gegnerin der Einführung der Fünf-Tage-Woche im Bergbau; für diese Haltung haben eben die Bergarbeiter kein Verständnis. Sie wissen, sie wären verlorren, liessen sie das kostbare Gut der Einheitsgewerkschaft von innen her zerstören. Dass gerade die Jugend sich geschlossen zur Einheitsgewerkschaft bekannte, und die Gewerkschaftsspalter in die Wüste schickte, spricht für die Macht und für die lebendige Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Solidarität.

Noch ein anderes Ergebnis einer Betriebsrätewahl verdient Beachtung. Es betrifft die Hasperhütte in Hagen. Bis 1957 stellten die Kommunisten die Mehrheit im Betriebsrat. Es gelang ihnen immerhin, bei den in jenem Jahr stattfindenden Betriebsrätewahlen noch neun von ihren Leuten durchzubringen. Diesmal erfolgte in der Zusammensetzung des Betriebsrates eine entscheidende Korrektur. Von 21 Betriebsräten (17 für Arbeiter, vier für Angestellte) stellen jetzt die Sozialdemokraten 13, sie gewannen im Vergleich zu 1957 sieben Mandate hinzu. Die Kommunisten wurden auf den Stand von fünf Mandaten zurückgeworfen. Die CDU ist mit einem Mandat vertreten, gefolgt von zwei Parteilosen.

Die Jung-Bergarbeiter in der Bundesrepublik wie auch die Metallarbeiter der Hasperhütte in Hagen haben mit ihrem Vertrauensentscheid bewiesen, wo sie stehen. Demagogen, gleich welcher Prägung, finden heute bei der deutschen Arbeitnehmerschaft keinen Anklang. Das dürften auch die in den nächsten Wochen stattfindenden Betriebsrätewahlen in sämtlichen Industriebetrieben bestätigen.